

Taz, 15.11.2010, **Rebellion gegen Kristina Schröder**, Andreas Speit,
<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/rebellion-gegen-kristina-schroeder/>

An die hundert Personen und Initiativen fordern dazu auf, die Anti-Extremismus-Erklärung, die die Familienministerin verlangt, zu verweigern. Kristina Schröder ist unbeeindruckt.

Kristina Schröder (CDU) erhält Gegenwind gegen ihre Anti-Extremismus-Politik. An die hundert Personen und Initiativen aus Wissenschaft, Politik und Demokratieprojekten, darunter Anetta Kahane von der Amadeo Antonio Stiftung, haben angekündigt, die von der Familienministerin verlangte Anti-Extremismus-Erklärung zu verweigern. In ihrem "Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang", der der taz vorliegt, fordern die Unterzeichner auch andere Projekte und Initiativen dazu auf, die "Bekenntniszumutung prinzipiell abzulehnen".

Hintergrund ist, dass ab 2011 Projekte, die Gelder aus dem Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenzen stärken" erhalten, ein Bekenntnis zur "freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik" ablegen müssen. Darüber hinaus müssen sie auch ihre Partner im Engagement gegen Rechtsextremismus und Demokratie auf dieses Bekenntnis hin überprüfen. Für diese Überprüfung sollen sie Informationen des Verfassungsschutzes nutzen.

Die Erklärung der Ministerin impliziere "einen Generalverdacht gegen jedes Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus", sagte Roland Roth, Mitinitiator des Aufrufs und Professor für Politikwissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Dass ausgerechnet jene Initiativen, die vor Ort für Demokratie und Toleranz offen aufträten, pauschal als demokratiefeindlich betrachtet würden, hält Roth für untragbar. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie - gegen Rechtsextremismus (BAGKR) forderte, auf die Extremismuserklärung "ersatzlos zu verzichten". Unterstützt wird die BAGKR von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Christian Staffa, Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen, befürchtet, dass ein "Klima der permanenten gegenseitigen Überprüfung die Vertrauensgrundlage für jegliche Demokratiearbeit infrage stellen wird".

Auf die Kritik reagierte Schröder gelassen. "Wer damit schon ein Problem hat, der demaskiert sich selbst", sagte die Ministerin. Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen, das zu den Erstunterzeichnern des "Aufrufs gegen Generalverdacht gehört", versicherte indes: "Eine formaljuristische Verantwortungsübernahme für politische Einstellungen Dritter kann und wird es nicht geben." Das Kulturbüro prüft derzeit, ob es gegen die Anti-Extremismus-Erklärung der Familienministerin juristisch vorgeht.

Junge Welt, 15.11.2010, »**Wir sollten eine Erklärung gegen Extremismus abgeben**«, Mirko Knoche, <http://www.jungewelt.de/2010/11-12/026.php>

Antifaschistische Initiative lehnt mit 10000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreis ab. Ein Gespräch mit Lutz Richter.

Lutz Richter ist Pressesprecher des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums e.V. (AKuBiZ) in Pirna.

Ihr Verein hat den Sächsischen Demokratiepreis ausgeschlagen, den Sie am 9. November erhalten sollten. Er ist mit immerhin 10000 Euro dotiert. Warum haben Sie die Annahme des Förderpreises verweigert?

Nachdem die Amadeu-Antonio-Stiftung uns nominiert hatte, forderte das sächsische Innenministerium von allen Kandidaten, eine Erklärung gegen Extremismus abzugeben. Zunächst hatten wir diese unterzeichnet. Nachdem uns allerdings die Konsequenzen klar wurden – wir sollten einen Link zu einer Antifa-Gruppe von unserer Internetseite nehmen – waren wir nicht mehr bereit, die Erklärung mitzutragen.

Das hat drei Gründe. Erstens wird darin ein Extremismusbegriff verwandt, der »Rechts-, Links- und Ausländerextremismus« gleichsetzt. Zweitens stellte das Innenministerium die Bedingung, daß wir künftig unsere Bündnis- und Kooperationspartner überprüfen sollten. Wir sollten dabei unter anderem die Verfassungsschutzberichte zur Grundlage nehmen. Damit hätten wir jedoch Mißtrauen unter befreundeten Menschen und Organisationen geschürt. Drittens forderte das CDU-geführte Innenministerium, daß wir nicht den »Anschein erwecken« dürfen, durch »materielle und immaterielle Leistungen extremistische Strukturen zu unterstützen«. Die Formulierungen »Anschein erwecken« und »immaterielle Leistungen« sind so vage, daß wir unsere Vereinsarbeit nicht einmal dann fortsetzen können, wenn wir die 10000 Euro Preisgeld bestimmungsgemäß verwenden, aber weiter zu den »Dresden nazifrei!«-Blockaden aufrufen.

Wie kam es, daß das Innenministerium plötzlich eine Extremismus-Klausel verlangte?

Der »Sächsische Förderpreis für Demokratie« wird von der Amadeu-Antonio-Stiftung mit drei weiteren Organisationen ausgelobt. Die Bewerbungen gehen direkt an die Amadeu-Antonio-Stiftung. Mit dieser antirassistischen Institution pflegen wir seit vielen Jahren ein sehr gutes Verhältnis. Als dem Innenministerium, das auch am Förderpreis beteiligt ist, die Bewerberliste bekannt wurde, schob es umgehend die Extremismusklausel nach. Wir gehen davon aus, daß dem konservativ geführten Ministerium schlicht die politische Ausrichtung der Bewerber nicht gefiel.

Wofür sollten Sie den Preis erhalten? Sie wurden ja trotz Absage zum Gewinner gekürt.

In unserer Bewerbung hatten wir vier Projekte vorgestellt. Zum einen war das eine Ausstellung über Neonazisubkultur unter dem Namen »Rechts rockt Sachsen«. Zum anderen beteiligen wir uns an der »AG Asylsuchende«, die dafür arbeitet, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern. Außerdem haben wir einen Comic »Jetzt reicht's in Sachs'nitz« veröffentlicht, der sich mit Diskriminierung und Alltagsrassismus in sächsischen Kleinstädten befaßt. Schließlich haben wir mehrmals einen »Antirassistischen Fußball-Cup« organisiert.

Die Extremismusklausel beschränkt sich nicht mehr nur auf Sachsen...

Nur einen Monat vor der Bundestagswahl wechselte auch Sachsen von einer schwarz-roten zu einer schwarz-gelben Regierungskoalition. Nach den Vorgaben der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) werden alle Fördermittel des Bundes für Initiativen gegen Nazis ab dem 1. Januar 2011 in Fördermittel gegen »Rechts-, Links- und Ausländerextremismus« umgewidmet. Ministerin Schröder dreht also klarer antifaschistischer Politik den Geldhahn zu.

Was bedeutet das für antifaschistische Projekte konkret?

In unserem Falle ging es zunächst nur um einen Förderpreis. Künftig unterliegt aber jede Form der staatlichen Förderung dem Extremismusvorbehalt. Das Programm »Weltoffenes Sachsen« von Bund und Land wäre davon auch betroffen. Wenn wir auch in Zukunft Gelder beantragen wollten, müßten wir die Extremismus-Klausel doch unterschreiben. So bekommen wir eben kein Geld vom Staat für unsere Arbeit. Das betrifft uns aber weniger als Initiativen, die sich im Zuge von Exkanzler Gerhard Schröders (SPD) »Aufstand der Anständigen« davon abhängig machten. Nach den neuen Verfassungsschutzregeln stehen wir unter Generalverdacht und dürften weder mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zusammenarbeiten noch mit Organisationen, die eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaft anstreben. Also nicht einmal mit der Partei Die Linke oder den Naturfreunden.